

Tristan Zielinski  
Fraktionsvorsitzender  
Mitglied des Rates

fraktion@fdp-dorsten.de  
www.fdp-dorsten.de

Mühlenstr. 12  
46284 Dorsten

Dorsten, 25.11.2015



## **Haushaltsrede des Vorsitzenden Der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Dorsten**

### **Es gilt das gesprochene Wort**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

dies ist das dritte Jahr, in dem sich der Haushalt der Stadt Dorsten an den Regelungen des sog. Stärkungspakts messen lassen muss. In den Jahren davor ging es fast immer darum, das Ausmaß der seit 1993 explosionsartig gestiegenen Verschuldung (und dem damit einhergehenden Bruch des Generationenvertrags!) zu beschreiben um zugleich entweder zu konstatieren oder aber zu hoffen, dass es schon irgendwie weitergeht.

In der diesjährigen Haushaltsrede möchte ich daher weniger auf das Zahlenmaterial eingehen, welches der Kämmerer bereits in der Septembersitzung detailliert vorgestellt hat, sondern vielmehr eine politische Bewertung der Entwicklungs- und Diskussionslinien vornehmen, wobei 3 Gesichtspunkte wichtig sind:

1. Auf welche Entwicklung hat der Rat der Stadt Dorsten überhaupt Einfluss? Denn wie schon der Stoiker Epiktet wusste: Über das eine gebieten wir, über das andere nicht.
2. Welche HSP-Maßnahmen haben sich positiv welche hingegen negativ entwickelt und was sind daraus für Konsequenzen – auch im Hinblick auf die Zusammenarbeit zwischen Rat und Verwaltung – zu ziehen?

Und schließlich möchte ich 3. darlegen, warum es sich trotz einiger Rückschläge dennoch lohnt, Optimist zu sein.

Ein Thema, auf welches der Rat fast keinen Einfluss hat ist die globale Flüchtlingsfrage. Es geht hier um Menschen, die durch Krieg, Terror und Verfolgung aufgrund ihrer politischen oder religiösen Einstellung gezwungen werden, ihre Heimat zu verlassen und die hier bei uns Schutz suchen.

Dass das Asylrecht keine bloße Zierde eines Grundrechtskatalogs ist sondern vielmehr ein Menschenrecht, welches von einem lebendigen Ethos einer tatkräftigen Bevölkerung getragen wird haben die vielen ehrenamtlichen Helfer in der Stadt inzwischen bei mehreren Gelegenheiten eindrucksvoll bewiesen. Ich möchte mich an dieser Stelle stellvertretend für die FDP herzlich bei allen Bürgerinnen und Bürgern bedanken, die – sei es am Hotel Berken, sei es an der Notunterkunft an der Bochumer Straße oder sei es in Lembeck, um nur einige Beispiele zu nennen – dazu beigetragen haben diesen Verfolgten Schutz und Heimat zu geben.

Bei alledem muss aber auch klar sein, dass die Flüchtlingskrise letztlich nur auf europäischer Ebene gelöst werden kann. Wir haben mehr und mehr den Eindruck, dass die Kommunen in den kommenden Monaten mit vielen Aufgaben überfrachtet und allein gelassen werden, obwohl das Problem lange bekannt ist. Hier schließt sich der Kreis zum Haushalt: Wenn beispielsweise eine Bundespolitikerin wie Fr. Göring-Eckardt erklärt, dass man nicht nur Fachkräfte in Deutschland braucht, sondern auch Menschen,

die sich in unseren Sozialsystemen zuhause fühlen, dann erwarten wir, dass auf Bundesebene und auf europäischer Ebene konkrete Vorschläge zur Finanzierung der Unterbringung gemacht werden.

Die FDP-Fraktion teilt die Auffassung des Kämmerers, aufgrund der Flüchtlingszahlen keine Steuererhöhungen vorzuschlagen, da sich das Problem nicht auf Landes und schon gar nicht auf kommunaler Ebene lösen lässt.

Des Weiteren werden sich *alle* Parteien – unabhängig von der Haushaltssituation – mit der Frage auseinandersetzen müssen, wie das Thema in der Öffentlichkeit diskutiert wird und ob sich in einigen Teilen der Bevölkerung eine schleichende Abkopplung von den politischen Prozessen vollzieht. Wir sind zutiefst besorgt darüber, dass in der öffentlichen Diskussion mehr und mehr Extreme auftauchen. Ein Beispiel zur Veranschaulichung: Vor genau einer Woche bezeichnete der AFD-Vize Gauland die ehrenamtlichen Helfer als „nützliche Idioten“. Wer so redet offenbart nicht nur, dass seine Partei zum *hostis populi* geworden ist sondern verhöhnt auch jene Bürgerinnen und Bürger, ohne die die Versorgung der notleidenden Menschen längst zusammengebrochen wäre.

Der Ökonom Rüdiger Dornbusch prägte – zwar in einem anderen Zusammenhang, aber dennoch passend – die Redewendung „Auf schwierige Fragen gibt es einfache, falsche Antworten“.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

eine andere Stellschraube, die wir als Stadt nur schwer beeinflussen können, ist die Gestaltung der Kreisumlage und der Landschaftsumlage. Die Zahlen des Kreises stellen sich zum Glück deutlich besser als erwartet dar: In der letzten Woche konnte im Kreis nochmals Sparpotential in Höhe von 2,4 Mio € ermittelt werden, wodurch sich die Entlastungswirkung für die Kommunen auf 5,3 Mio € steigert – ein tolles Ergebnis, an dem Vertreter von CDU, SPD und FDP mitgewirkt haben. Dies zeigt auch, dass Haushaltskommissionen eine gute Basis bieten um mit der Verwaltung frühzeitig über Ausgabenkürzungen zu reden.

Höchst bedenklich ist dagegen die Entwicklung der LWL-Umlage: Da der Landschaftsverband ohnehin bei gleichbleibendem Hebesatz rund 65 Mio € mehr erhalten würde erschließt es sich uns nicht, weshalb gegenüber den Vertretern des Kreises deutlich gemacht wurde, dass man den Hebesatz auf 17 % anheben möchte. Nach 3 Jahren Stärkungspakt kann man hier ein Fazit ziehen: Es war ein schwerer Fehler, die Umlageverbände nicht in gleichem Maße in die Vorgaben der Haushaltssanierung mit einzubeziehen wie die Kommunen.

Während die Stadt Dorsten für den Fall, dass sie den Haushaltsausgleich nicht schafft, nur weiteres Einsparpotential suchen kann oder aber die Steuern erhöht, kann der LWL einfach die Umlage erhöhen ohne seine Aufgaben wirksam zu hinterfragen. Hier gilt scheinbar das Motto „den Letzten beißen die Hunde“. Da der LWL zudem beispielsweise im Bereich der Jugendhilfe gleichzeitig Aufsichtsbehörde und Betreiber diverser

Einrichtungen ist stellt sich mir manchmal die Frage, ob hier überhaupt ein Interesse besteht nach Sparpotential zu suchen. Mir erschließt sich bis heute auch nicht, warum der Landschaftsverband unternehmerische Beteiligungen wie z.B. RWE Aktien hält. Einige mögen die Hinweise auf die mangelnden Sparbemühungen des Verbands mit dem Kampf gegen Windmühlen vergleichen; ich halte diese Sichtweise bzw. Metapher dahingehend für unpräzise, als dass man die Kommunen weniger mit Don Quichotte, als vielmehr seinem Diener Sancho Panza vergleichen kann, der immer wieder die der Realität entrückten Sichtweisen seines Vorgesetzten zu korrigieren versucht, letztlich aber scheitert und dennoch Gefolgschaft leisten muss.

Man darf hier auch keinesfalls die Transparenz gegenüber dem Bürger vernachlässigen: Der LWL-Haushalt umfasst zwar ca. 3,1 Mrd., andererseits wissen viele Bürger nicht einmal, wofür die Abkürzung eigentlich steht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

dieser kurze Exkurs sollte deutlich machen, dass der Haushalt der Stadt nach wie vor mit vielen Unabwägbarkeiten konfrontiert wird, die das höchst fragile Konstrukt jederzeit einstürzen lassen können. Hinzu kommt noch die Gefahr, dass einzelne 2012 beschlossene Maßnahmen nicht planmäßig laufen und nach entsprechenden Kompensationen gesucht werden muss. Genau deswegen hatte ich in meiner letzten Haushaltsrede angemahnt, frühzeitig einen Maßnahmenkatalog zu erarbeiten um für alle Fälle eine Reserve im Haushalt zu haben.

# Freie Demokraten

FDP

Wir beabsichtigen dies nicht, weil wir im Grundsatz etwas gegen freiwillige Ausgaben haben, sondern weil wir Steuererhöhungen vermeiden wollen, Strukturen und gut funktionierende Systeme in Dorsten erhalten möchten und wir die Reduktion der Politik auf das reine Erklären von Gesetzen und Gutachten für falsch halten!

Die Stadt hat bereits im Jahre 2012 eine der größten Steuererhöhungen in ihrer Geschichte beschlossen. Die Grundsteuer B, die *alle* Bürger zahlen, nicht nur die Hausbesitzer, stagniert auf hohem Niveau. Der Gewerbesteuersatz liegt mit 495 Punkten weit über dem, was andere Städte in den nördlichen Regionen (Kreis Borken) erheben und bewirkt damit de facto eine Wettbewerbsverzerrung zu Ungunsten des Standorts Dorsten. Die Vergnügungssteuer wird im nächsten Jahr bei 17 % und somit am Rande der Erdrosselungswirkung liegen – im Jahre 2012 lag sie noch bei 12 %.

Angesichts dieser Gesamtentwicklung lehnen wir weitere Steuererhöhungen über das im HSP vereinbarte Maß hinaus ab! Wir sind auch dagegen, ständig neue Steuern zu erfinden um scheinbar nach und nach einzelne Bevölkerungsgruppen zu belasten. Wer das für Fiktion hält den erinnere ich an dieser Stelle an einige Kommunen in Nordhessen, wie beispielsweise Bad Sooden-Allendorf, die mit der Einführung einer Pferdesteuer begonnen haben. Irgendetwas scheint man also immer zu finden und eine einmal eingeführte Steuer wird selten wieder abgeschafft. Beispiel: Die Kulturstadtabgabe des RVR existiert bis heute, obwohl die Stadt Essen meines Wissens nach nur im Jahr 2010 Kulturhauptstadt war.

Natürlich ist es mühsam, an anderer Stelle zu sparen oder die Effizienz bestehender Strukturen zu überprüfen. Am Ende des Tages müssen wir uns als Rat immer die Frage stellen, ob wir mit dem Geld der Steuerzahler sparsam und gewissenhaft umgehen bevor der einfache Weg der Steuererhöhung gewählt wird. Der Weg des geringsten Widerstands ist selten der richtige. Wenn der Rat hier nicht tätig wird läuft er Gefahr, nur noch als verlängerter Arm der Verwaltung wahrgenommen zu werden: d.h. als ein Organ, welches nur noch reagiert statt agiert, nur noch erklärt statt neue Ideen zu schmieden.

Die FDP-Fraktion ist rechtzeitig tätig geworden und hat der Verwaltung im Sommer eine Liste mit über 10 Maßnahmen aus der sog. Liste B, in der alle freiwilligen Leistungen der Stadt zusammengefasst werden, zur Prüfung vorgelegt. Leider war das Ergebnis nicht immer zufriedenstellend, da einige Zahlen der Verwaltung aus dem Jahr des Stärkungspakts, 2012, etwas „unkonventionell“ dargestellt worden sind. Folgendes Gedankenexperiment:

Liebe Bürgerinnen und Bürger, stellen Sie sich vor, Ihnen wird beispielsweise eine Sparmaßnahme in Höhe von 50.000 € vorgelegt und Sie erfahren auf Nachfrage, dass zur Realisierung aber Investitionen in Höhe von 200.000 € notwendig wären und darüber hinaus sogar rechtliche Bedenken gegen die Maßnahme erhoben werden könnten.

Liebe Unternehmerinnen und Unternehmer, stellen Sie sich vor, Sie hätten in der Bilanz vergessen Einnahmen und Ausgaben sowie die Personalkosten ihres Betriebs sauber auszuweisen.

Vermutlich wären Sie genauso „enttäuscht“ wie wir, zumal dem Rat 2012 offensiv suggeriert wurde, solche Sparmaßnahmen u.U. sehr kurzfristig umsetzen zu müssen, sollte sich keine Mehrheit für das damals eingebrachte Gesamtpaket des Haushalts finden. Nun erweisen sich aber viele dieser scheinbar kurzfristig umsetzbaren Maßnahmen als nicht umsetzbar.

Ich möchte aber an dieser Stelle auf mein anfangs erwähntes Anliegen zurückkehren zu erklären, warum ich dennoch optimistisch bleibe: Sie haben, Herr Bürgermeister, in der letzten Haupt- und Finanzausschusssitzung mehrmals betont, dass Sie sich als Vorsitzender des Rates verstehen und in dieser Eigenschaft künftig gemeinsam auf Augenhöhe mit den Ratsmitgliedern den Haushalt *durch* ein entsprechendes Reservepaket zukunftsfest machen möchten. Wir unterstützen dieses Vorhaben ausdrücklich und werden auch in Zukunft weitere konstruktive Vorschläge unterbreiten. Einen Vorschlag finden Sie bereits im aktuellen Haushalt: So konnten durch die Reduzierung des Zuschusses an Windor 175.000 € eingespart werden. Das ist allemal besser als ein erneutes Drehen an der Steuerschraube!

Neben all diesen rein finanziellen Aspekten bietet der Stärkungspakt Stadtfinanzen aber auch Chancen. Wir können heute nicht mehr wie noch



vor einigen Jahren entscheiden, in allen Etats einfach ein paar Prozent zu kürzen. Diese sog. „Rasenmäher-Methode“ verschenkt die Möglichkeit, die Strukturen des kommunalen Denkens und Daseins ganz grundsätzlich zu überdenken und neu auszurichten. Beispiel Stadtbibliothek: gehört ein umfangreicher Fachbücherbestand im Zeitalter der Digitalisierung noch zur kommunalen Daseinsfürsorge? Ist es gerecht, wenn die Jahresgebühr unter dem Preis für ein gebundenes Buch liegt? Auch das Thema Inklusion, welches leider zu oft auf den schulischen Aspekt reduziert wird, sollte in Zukunft für die Bibliothek relevant werden. Unter dem Stichwort „leichte Sprache“ muss es vor dem Hintergrund der UN-Konvention darum gehen, literarische und linguistische Barrieren für Menschen mit Behinderung zu reduzieren. Der Begriff der Barriere ist nicht nur physisch zu verstehen.

Nachdem ein entsprechender Antrag von uns im Kulturausschuss angenommen wurde, in welchem wir ebenfalls angeregt haben einen externen Gutachter mit einzubeziehen, war bereits eine Woche später diese Maßnahme Teil des HSP-Katalogs. Hier haben Kämmerer und Bürgermeister konstruktiv mit der Politik zusammengearbeitet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

zwar hängt scheinbar jedes Thema welches wir in der Stadt diskutieren auf irgendeine Art und Weise mit dem Haushalt zusammen, allerdings bedeutet dies noch lange nicht dass man jedes Thema auch auf rein finanzielle Aspekte reduzieren kann oder reduzieren sollte – die Rede ist von der Schulpolitik, insbesondere von der Wichernschule. Gerade hier hat man

unterschiedlichste Interessen zu berücksichtigen: Die Schulaufsicht, den Schulträger sowie den Elternwillen. Die Schulaufsicht beispielsweise bevorzugt tendenziell größere Standorte, da sich personelle Ressourcen so besser koordinieren lassen. Der Schulträger – in diesem Fall die Stadt Dorsten bzw. der Rat – hatte sich bereits im Oktober 2010 für ein klar dezentrales Schulsystem ausgesprochen und mehrere Teilstandortlösungen beschlossen. Ich weise darauf hin, dass dieses Votum durch den Schulausschuss im Mai 2013 bestätigt wurde. Die hohen und stabilen Anmeldezahlen sprechen für sich und unterstreichen schließlich den Elternwillen, an der Schule festzuhalten.

Angesichts dessen halten wir es für eine Fehlentscheidung, die Schule auslaufen zu lassen! Die Vorgaben des Haushaltssanierungsplans waren im Jahre 2013 *allen* Fraktionen bekannt, die Stadt befand sich seit einem Jahr im Stärkungspakt. Daher ist es unglaublich, fast 2 Jahre später die finanzielle Situation als Begründung für die Schließung aus dem Hut zu zaubern, zumal es an anderen Stellen durchaus möglich war, kleinere Standorte zu erhalten. Wir haben immer betont, dass wir gerne nach weiteren Kompensationen suchen wenn sich dadurch die Schule erhalten lässt. Die FDP-Fraktion steht nach wie vor für ein dezentrales, an die Stadtteile angebundenes Schulsystem das auch dem Motto „kurze Beine, kurze Wege“ gerecht wird. Dies passt am ehesten zu einer Flächenstadt wie Dorsten. Die Funktion einer Grundschule – egal in welchem Stadtteil - erschöpft sich nicht darin, die Sollbruchstelle des Haushalts zu sein und der Elternwille ist mehr als eine argumentative Wanderdüne, die man heute hier und morgen dort verorten kann. Ich möchte an dieser Stelle

ausdrücklich betonen, dass wir im Zuge der Diskussion um die Schule den Elternwillen in sozusagen doppelter Ausführung berücksichtigen müssen, da auch die Eltern der von-Ketteler Schule ein Recht auf eine gut funktionierende Schule haben. Genau deswegen haben wir vorgeschlagen, die Wichernschule an einem anderen Standort im Marienviertel zu erhalten: Dadurch hätte das Raumproblem des Förderzentrums, dessen Zerlegung in einzelne Teile wir nicht für sinnvoll erachten, bei gleichzeitigem Erhalt der Grundschule gelöst werden können. Wir bedauern, dass wir für diese Vorschläge keine Mehrheit finden konnten und unser Antrag in der letzten Ratssitzung – wenn auch äußerst knapp – abgelehnt wurde.

Jetzt liegt es an den Bürgern. Wir bitten Sie: Gehen Sie zur Wahl! Das Wahlrecht ist keine Selbstverständlichkeit und musste in Deutschland hart erkämpft werden. Machen Sie davon Gebrauch.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

lassen Sie mich zu guter Letzt ein Wort zur Entwicklung des Zechengeländes sagen. Es ist nicht nur ein großer Erfolg für den Stadtteil Hervest, sondern für die Stadt Dorsten insgesamt dass sich die Fläche gut entwickelt hat und in der letzten Woche die Fürst Leopold-Allee feierlich eröffnet werden konnte. Jetzt geht es aber auch darum, die angrenzenden Gewerbeflächen zu vermarkten damit hier kein Stillstand Einzug hält. Sie haben, Herr Bürgermeister, angekündigt, dass auf dem Gelände zügig 500 neue Arbeitsplätze entstehen sollen und wir sollten alle gemeinsam daran arbeiten, dass dieses Ziel auch erreicht wird.

Was wir hingegen nicht verstehen können ist die Entscheidung des Umwelt- und Planungsausschusses, eine Ansiedlung eines Drogeriemarkts auf dem Zechengelände zu verhindern. Wir erleben hier einmal mehr, dass unter dem antiquierten Vokabular der 80er Jahre („Innenstadtprotektionismus“) interessierten Investoren Knüppel zwischen die Beine geworfen werden. Wir müssen in Zukunft mehr Chancen nutzen, den Ostteil des Zechengeländes zu entwickeln. Die Tatsache, dass wir als FDP-Fraktion auch von Händlern im Bereich des Harsewinkels oftmals gefragt werden, wann endlich der östliche Teil belebt wird zeigt uns, dass die Gegenüberstellung des Harsewinkels und der Zechenfläche oftmals holzschnittartig ist und einer näheren Überprüfung nicht standhält.

Ich möchte an dieser Stelle meine Rede mit einer Prognose beenden – einer Prognose zu einem Sachverhalt, welcher auf den ersten Blick für einige rein gar nichts mit der Stadt Dorsten zu tun hat aber meines Erachtens dennoch wichtig werden kann. Die Rede ist von der Politik der EZB. Die Zinslast, welche die Stadt Dorsten aufgrund ihrer Schulden zu tragen hat, ist auch davon abhängig, inwieweit die EZB an ihrem QE Programm (Anleihekäufen) festhält. Mario Draghi hatte bereits angekündigt, dass er eine Ausweitung des Programms oder eine Erhöhung des Strafzinses für Banken, die ihr Geld an der EZB „parken“ statt es an Unternehmen zu verleihen, durchaus favorisiert. In den kommenden Monaten – oder vielleicht schon auf der nächsten Ratssitzung am 03.Dezember – werden diese Pläne umgesetzt. In der Pressekonferenz am 22.10. wurde zudem darauf hingewiesen, dass man die Inflation bei 2 %

sehen möchte, damit die Zinslast der überschuldeten europäischen Staaten nicht ausufert. De facto ist das Staatsfinanzierung und ein Verstoß gegen die Europäischen Verträge.

Verstehen Sie mich nicht falsch: Ich halte das für monetäre Planwirtschaft und reinen Geldsozialismus, der die Sparer enteignet, unsere Altersvorsorge (Versorgungswerke, Riester, Lebensversicherungen) gefährdet und insgesamt wirkungslos bleibt wie man am Beispiel Japans sieht, dass diese Geldpolitik seit langer Zeit verfolgt. Auch Stiftungen werden dadurch in Bedrängnis gebracht, da diese ihr Kapital risikoavers anlegen müssen und dafür keine Zinsen mehr erhalten. Das ist kein Problem im fernen Brüssel oder irgendwo in Berlin, das betrifft auch die Stiftungen der Stadt Dorsten wie beispielsweise das jüdische Museum oder die Pelz-Anfelder-Stiftung!

Für die Stadt Dorsten kann dies aber auch eine Chance sein wenn sie im Jahre 2021 nicht mit Zinsen von beispielsweise 2,5 % oder 3 %, sondern nur noch 0,5 oder einem Prozent rechnen muss. Das würde den Haushalt der Stadt Dorsten aus meiner Sicht entscheidend entlasten und wir hätten deutlich weniger Probleme. Auch hier lohnt es sich, optimistisch zu bleiben.

Ich bedanke mich an dieser Stelle bei der Verwaltung und der Kämmerei, welche uns umfangreiche Informationen zur Verfügung gestellt hat.

Die FDP-Fraktion stimmt dem Haushalt zu.



Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!